

RESOLUTION 2019

Vorgezogene Nationalratswahlen, welche im Herbst 2019 anberaumt sind, versetzen Österreich früher als erwartet in einen neuerlichen Nationalratswahlkampf. Daher sind klare und deutliche Aussagen zu treffen: Der Bevormundung der Bürger durch den Regulierungswahn der letzten Jahre ist auf allen Gebieten ein Ende zu bereiten. Die in den letzten Tagen getroffene Aussage des WKO Präsidenten zu den EU Regulierungen, „Also ich glaube da könnte man tatsächlich mit dem Kärcher reingehen und sich überlegen, was ist eigentlich notwendig“, lässt sich auch auf Österreich übertragen: Baugesetze, Bauordnungen, Ö-Normen, Förderrichtlinien etc. gehören durchforstet und streckenweise zumindest harmonisiert. Das Mietrechtsgesetz, das Wohnungseigentumsgesetz und das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz geben in ihrer Aufteilung durchaus Sinn, aber sie gehören an eine moderne Lebenswelt angepasst.

Regulierungen verknappen das Wohnraumangebot

Österreich zählt bereits jetzt zu den am strengst regulierten Ländern weltweit. Konzepte, mit denen durch staatliche Eingriffe ein Höchstmaß an Regulierung angestrebt wird, setzen die Mechanismen des Marktes außer Kraft und begünstigen eine künstliche Verknappung von Wohnraum. Vorschriften, die denjenigen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, keinen Gewinn zubilligen, verhindern nötige Investitionen.

Regulierungen treffen den Mittelstand

Zu einem Großteil werden davon Menschen getroffen, die sich Eigentum geschaffen haben und dieses selbst oder als Vorsorgewohnung zur Aufbesserung ihrer Einkünfte nutzen wollen. Wir vertreten den Mittelstand.

Regulierungen schützen die Falschen

Bereits die aktuellen Regelungen begünstigen Altmietler und Angehörige, die zu Lebzeiten oder im Todesfall in Mietrechte eingetreten sind und mangels entsprechender Anpassung ihrer Mietverhältnisse vergleichsweise wenig Miete zahlen, ohne dass ein Bedarf nach finanzieller Unterstützung gegeben ist. Dadurch werden Wohnungssuchende benachteiligt, die diesen Vorteil nicht haben. Dies führt zum Entstehen einer Zweiklassengesellschaft.

Regulierungen benachteiligen einkommensschwache Personen

Über 60% der Mietverhältnisse sind dem sozialen Wohnbau zugeordnet. Aufgrund mangelnder Treffsicherheit im öffentlichen Mietsektor müssen aber mehr als die Hälfte der einkommensschwachen Personengruppen auf den privaten Mietsektor ausweichen. Wir fordern mehr soziale Treffsicherheit im öffentlichen Mietsektor.

Regulierungen überwälzen öffentliche Aufgaben auf Private

Mit ideologischen Parteiprogrammen für ein „Leistbares Wohnen für alle“ greift der Staat nicht nur tief in die Privatautonomie ein, er überwälzt Aufgaben der öffentlichen Hand auf den Privaten und macht ihn zum maßgeblichen Verantwortungsträger.

Politische Weichenstellungen nach der Wahl

Der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund bekennt sich zu den Ideen der digitalen ökosozialen Marktwirtschaft, wonach staatliche Eingriffe in die Wirtschaft nur soweit gerechtfertigt sind, sofern sie das Marktgeschehen fördern und dadurch auch einen sozialen Ausgleich ermöglichen. Aus diesem Grund spricht sich der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund vehement gegen weitere Regulierungen und für eine Liberalisierung zur Modernisierung des Wohnrechts aus. Folgende Leitlinien sollen für ein künftiges Wohnrecht Berücksichtigung finden:

- **Eigentum stärken!**
- **Menschen und nicht Mauern fördern!**
- **Mietrecht liberalisieren und Zweiklassengesellschaft beseitigen!**

Linz, am 16. Juni 2019